

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 30 | 29.07.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 60/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesfinanzgesetz 2016**, das **Bundesfinanzrahmengesetz 2016 bis 2019** und das **Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020** geändert werden (Änderungen im Wirkungsbereich zweier Bundesministerien aufgrund der Umbildung der Bundesregierung; Ausgliederung der Angelegenheiten der Frauen- und Gleichstellungspolitik aus dem Bildungsministerium und Eingliederung in das Gesundheitsministerium)

[BGBl II 198/2016 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit der das **Verzeichnis der notifizierten Stellen für Aufzüge und für Sicherheitsbauteile für Aufzüge der ASV 2015** aktualisiert wird

[BGBl II 199/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Altlastenatlas-VO** geändert wird (**1. Altlastenatlas-VO-Novelle 2016**)

[BGBl II 200/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Begasungssicherheitsverordnung** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 200 v 26.07.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/1191 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2016 zur Förderung der **Freizügigkeit von Bürgern** durch die Vereinfachung der Anforderungen an die Vorlage bestimmter **öffentlicher Urkunden** innerhalb der Europäischen Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1024/2012

[ABI L 200 v 26.07.2016, 137](#)

Verordnung (EU, Euratom) 2016/1192 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2016 über die Übertragung der Zuständigkeit für die Entscheidung im ersten Rechtszug über die Rechtsstreitigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Bediensteten auf das Gericht

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2016, [V 152/2015 ua](#)

FremdenpolizeiG; FremdenpolizeiG-DurchführungsV; Abweisung von Anträgen des BVwG auf Feststellung der **Gesetzwidrigkeit von Bestimmungen** der FremdenpolizeiG-DurchführungsV; hinreichend bestimmte gesetzliche Grundlage

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 22.06.2016, [Ra 2016/03/0027](#)

EisenbahnG; VwGVG; Aufhebung eines Bescheids, mit dem die Genehmigung zum Bau und zum Betrieb einer nichtöffentlichen Eisenbahn erteilt wurde, durch das VwG und Zurückverweisung der Sache; eine andere als die vom Antragsteller beantragte Trassenführung kann nicht Gegenstand eines antragsbedürftigen Verwaltungsverfahrens sein, weshalb solche „**Alternativprojekte**“ bzw. „**alternative Streckenführungen**“, die den **Rahmen eines beantragten Projekts** überschreiten, nicht zu prüfen sind; die Überlastung eines richterlichen Organs oder die Überlegung, dass Verwaltungsbehörden mit dem Kreis der Amts-SV besser „vernetzt“ seien, können eine **Zurückverweisung iSd § 28 Abs 3 VwGVG** nicht begründen

VwGH 22.06.2016, [Ra 2016/03/0039](#)

EisenbahnG; bescheidmäßige Anordnung zur Auflassung einer schienengleichen Eisenbahnkreuzung; dieser Bescheid, der mit Erkenntnis des VwGH aufgehoben wurde, war vom **im Devolutionsweg zuständig gewordenen BMVIT** erlassen worden; da somit der BMVIT bei Erlassung des Bescheids als Verwaltungsbehörde in erster und letzter Instanz tätig geworden ist, hatte das VwG nach Aufhebung dieses Bescheids durch den VwGH nicht gem **Art 151 Abs 51 Z 9 B-VG** in diesem Verfahren an die Stelle der BMVIT zu treten; vielmehr wäre das Verfahren vom BMVIT fortzuführen gewesen

VwGH 28.06.2016, [2013/06/0025](#)

Sbg BebauungsgrundlagenG 1968; Antrag auf Erteilung einer nachträglichen Baubewilligung; **§ 25 Abs 8 Sbg BebauungsgrundlagenG 1968 ist eine Ermessensbestimmung**; Nachbarn haben ein subjektiv-öffentliches Recht darauf, dass eine Ausnahme nach der zitierten Bestimmung, die seine Interessensphäre berührt, nur bei Vorliegen aller gesetzlichen Voraussetzungen nach einer iSd Gesetzes gelegenen Ermessensübung erteilt wird; andererseits hat der Antragsteller ein subjektiv-öffentliches Recht darauf, dass eine Ausnahme bei Vorliegen aller gesetzlichen Voraussetzungen nach einer iSd Gesetzes gelegenen Ermessensübung erteilt wird; die Zustimmung des Nachbarn ist kein Kriterium für die Erteilung einer **Abstandsnachsicht gem § 25 Abs 8 Sbg BebauungsgrundlagenG 1968**

VwGH 29.06.2016, [Ro 2014/05/0011](#)

BauO für Wien; bescheidmäßige Vorschreibung der **Kosten für Sicherungsmaßnahmen** an einer Einfriedungsmauer; keine ausreichend nachvollziehbare Begründung der Heranziehung eines Minutensatzes von € 2,15 bei **der Berechnung der zu ersetzenden Kosten**

VwGH 29.06.2016, [Ro 2014/05/0026](#)

Oö StraßenG; Versagung der Genehmigung eines **Flächenwidmungsplans** aufgrund der **Unvereinbarkeit** des Plans mit der Zielsetzungen einer Korridor-Freihaltung für die notwendige **Errichtung einer Landesstraße**; die ggst Trassenvariante steht bereits seit 2001 als eindeutige Empfehlung aus der Korridoruntersuchung fest; da die Straßenplanung dennoch nicht im

Zeitraum bis zur Beschlussfassung über den ggst Flächenwidmungsplan weiter verfolgt wurde, verletzt die Versagung der Genehmigung des Flächenwidmungsplans die **Gemeinde in ihrem Recht auf Selbstverwaltung**

VwGH 29.06.2016, [Ro 2014/05/0065](#)

Oö BauO; nachträgliche Baubewilligung für die **Errichtung eines „Fun-Court-Platzes mit Lärmschutzwand und Ballfangnetz“**; div Nachbareinwendungen; ggst wäre es erforderlich gewesen, durch Einholung eines ergänzenden lärmtechnischen SV-Gutachtens und durch Messungen an der Grundgrenze der Rw die **Immissionsbelastung** und die **Überschreitung des Ist-Maßes** festzustellen sowie auf Grundlage dieser Ermittlungen in medizinischer Hinsicht die Auswirkungen auf den menschlichen Organismus zu beurteilen

VwGH 30.06.2016, [2013/07/0042](#)

UVP-G; bescheidmäßige Feststellung der Pflicht, die Errichtung und den Betrieb des ggst Ausleitungskraftwerks einer **Umweltverträglichkeitsprüfung** zu unterziehen; der Tatbestand der Z 30 des Anhangs 1 UVP-G umfasst auch **Ausleitungskraftwerke**, mit denen eine Staufunktion verbunden ist

VwGH 30.06.2016, [2013/07/0262](#)

WasserrechtsG; **wasserrechtliche Bewilligung** zur Errichtung einer Stützmauer; die Feststellung der belangten Behörde, es komme zu keiner **Schlechterstellung für den Bf**, lässt sich nicht aus dem Gutachten des Amts-SV ableiten, weil darin keine konkrete Aussagen über die Auswirkungen auf das Grundstück des Bf getroffen werden

VwGH 30.06.2016, [Ra 2016/07/0024](#)

WasserrechtsG; Erlöschung eines Wasserbenutzungsrechts; ggst wurde im Rahmen **faktisch vorgenommener letztmaliger Vorkehrungen** die Wehrhöhe des auf dem Grundstück der Rw liegenden Wehrs reduziert und eine fischgängige Sohlrampe unterhalb des Wehrkörpers hergestellt; diese Maßnahmen waren aber **nicht Gegenstand von vorgeschriebenen letztmaligen Vorkehrungen**, sondern wurde von der mb Partei von sich aus – ohne eigene wasserrechtliche Bewilligung, somit als unzulässige Neuerung nach § 138 WasserrechtsG – vorgenommen; die Rw konnte daher ihre Rechte nicht im Rahmen eines Verfahrens zur konkreten Gestaltung letztmaliger Vorkehrungen geltend machen

VwGH 30.06.2016, [Ro 2014/07/0028](#)

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung für die Errichtung eines Wasserkraftwerks; Art 9 Abs 3 der Aarhus-Konvention kommt keine unmittelbare Wirkung zu; die rw Umweltorganisation kann unter Verweis allein auf diese Bestimmung weder eine Parteistellung in dem ggst **Verfahren nach § 21a WasserrechtsG** noch ein „Überprüfungsrecht“ ableiten; die von der belangten Behörde vertretene Rechtsansicht, dass sich aus § 8 AVG iVm § 102 WasserrechtsG **keine Parteistellung für Umweltorganisationen** ergebe, ist nicht zu beanstanden

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 06.07.2016, [LVwG-700166](#)

WaffenG; ein **Luftdruckgewehr** mit einem Kaliber von weniger als 6 mm ist eine **minderwirksame Waffe iSd § 45 Z 3 WaffenG**; wird ein solches Gewehr auf einem nicht eingefriedeten freien Feld verwendet, liegt ein „Führen“ iSd § 7 Abs 1 WaffenG vor

LVwG Oö 21.07.2016, [LVwG-050065](#)

ZahnärzteG; Antrag auf **Gründung einer zahnärztlichen Gruppenpraxis gem den §§ 26 ff ZahnÄG**; der Umstand, dass in Bezug auf das Bundesland Oö kein „Regionaler Strukturplan Gesundheit“ iSd § 26b Abs 2 ZahnÄG existiert, kann nicht dem Antragsteller zum Nachteil gereichen; vielmehr ist im Wege einer verfassungskonformen, eine planwidrige Lücke im Rechtsschutzsystem vermeidenden Interpretation zu untersuchen, ob im Hinblick auf die in § 26b Abs 2 Z 1 bis 4 ZahnÄG normierten Kriterien im Lichte des vom LVwG Oö durchgeführten Ermittlungsverfahrens das **Vorliegen eines Bedarfs zu verneinen** ist, oder anders gewendet: ob aus diesen ein entsprechender **Ausschlussgrund für die Zulassung der beantragten Gruppenpraxis** resultiert

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Wien 30.06.2016, [VGW-101/069/7872/2016](#)

PsychotherapieG; zur Entscheidung über eine **Wiederaufnahme** in einem Verfahren gem § 10 Abs 2 Z 6 PsychotherapieG ist das BVwG zuständig; ggst war daher die Beschwerde wegen **Unzuständigkeit** des VwG Wien zurückzuweisen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[28.07.2016, Rs C-660/13, Rat / Kommission](#)

Nichtigkeitsklage – Außenbeziehungen der Europäischen Union – **Zugang der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Binnenmarkt** – Finanzieller Beitrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion in einer erweiterten Union – Vereinbarung über einen **finanziellen Beitrag** der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die neuen Mitgliedstaaten nach der Erweiterung 2004 – Erweiterung der Union um die Republik Kroatien – Nachtrag zur Vereinbarung über einen finanziellen Beitrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft zugunsten der Republik Kroatien – Unterzeichnung des Nachtrags durch die Europäische Kommission **im Namen der Union ohne vorherige Genehmigung des Rates** der Europäischen Union – Zuständigkeit – Art 13 Abs 2, Art 16 Abs 1 und 6 sowie Art 17 Abs 1 EUV – Grundsätze der begrenzten Einzelermächtigung, des **institutionellen Gleichgewichts** und der loyalen Zusammenarbeit

[28.07.2016, Rs C-469/14, Masterrind](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Verordnung (EG) Nr 1/2005 – **Schutz von Tieren beim Transport** – Lange Beförderungen – Anhang I Kapitel V Nr 1.4 Buchst d – Beförderungsdauer und **Ruhezeiten** während des Transports – Beförderung von Rindern – **Begriff ‚ausreichende, mindestens einstündige Ruhepause‘** – Möglichkeit einer mehrfachen Unterbrechung der Beförderung – Art 22 – Verzögerungen während der Beförderung – Verordnungen (EG) Nr 1234/2007 und (EU) Nr 817/2010 – Ausfuhrerstattungen – Anforderungen an das **Wohlergehen lebender Rinder** während ihrer Beförderung – Verordnung Nr 817/2010 – Art 2 Abs 2 bis 4 – Amtlicher Tierarzt an der Ausgangsstelle – Bericht und Vermerk in dem Dokument, mit dem bescheinigt wird, dass die Tiere das Zollgebiet der Union verlassen haben, in Bezug auf die Frage, ob die einschlägigen Bestimmungen der Verordnung Nr 1/2005 eingehalten wurden – **Nicht zufriedenstellendes Ergebnis** der durchgeführten **Kontrollen** – Art 5 Abs 1 Buchst c – Frage, ob dieser Vermerk die für die Zahlung von Ausfuhrerstattungen zuständige nationale Behörde bindet

[28.07.2016, Rs C-543/14, Ordre des barreaux francophones und germanophone ua](#)

Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Gültigkeit und Auslegung der Richtlinie – **Dienstleistungen von Rechtsanwälten** – Mehrwertsteuerpflichtigkeit – Recht auf einen **wirksamen Rechtsbehelf** – **Waffengleichheit** – Prozesskostenhilfe

[28.07.2016, Rs C-57/15, United Video Properties](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechte des **geistigen Eigentums** – Richtlinie 2004/48/EG – Art 14 – Prozesskosten – **Anwaltskosten** – Pauschale Abgeltung – Höchstbeträge – **Kosten für einen technischen Berater** – Erstattung – Voraussetzung eines **Fehlverhaltens der unterlegenen Partei**

[28.07.2016, Rs C-80/15, Robert Fuchs](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Gemeinsamer Zolltarif – System der **vorübergehenden Verwendung** unter Befreiung von den Abgaben – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Voraussetzungen für eine vollständige Befreiung von den **Einfuhrabgaben** – Zivile Luftfahrzeuge, die **außerhalb des Zollgebiets der Union** zugelassen sind und von einer außerhalb dieses Gebiets ansässigen Person verwendet werden – Art 555 Abs 1 Buchst a – Gewerbliche Verwendung – Begriff – **Ver-**

wendung von Helikoptern durch eine Flugschule für Flüge mit einem Fluglehrer und einem Flugschüler **gegen Entgelt** – Ausschluss

[28.07.2016, Rs C-102/15, Siemens Aktiengesellschaft Österreich](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Gerichtliche Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von **Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen** – Sachlicher Anwendungsbereich – Klage auf **Herausgabe wegen ungerechtfertigter Bereicherung** – Ungerechtfertigte Bereicherung – Forderung, die auf der **ungerechtfertigten Rückerstattung einer Geldbuße** wegen einer Zuwiderhandlung gegen das **Wettbewerbsrecht** beruht

[28.07.2016, Rs C-168/15, Tomášová](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen** – Verbraucherkreditvertrag, der eine missbräuchliche Klausel enthält – **Zwangsvollstreckung** aus einem in Anwendung dieser Klausel ergangenen Schiedsspruch – **Haftung eines Mitgliedstaats** für Schäden, die dem Einzelnen durch einem nationalen Gericht zuzurechnende Verstöße gegen das Unionsrecht entstanden sind – Voraussetzungen für den Eintritt – Vorliegen eines **hinreichend qualifizierten Verstoßes** gegen das Unionsrecht

[28.07.2016, Rs C-191/15, Verein für Konsumenteninformation](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnungen (EG) Nr 864/2007 und (EG) Nr 593/2008 – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Datenschutz – Richtlinie 95/46/EG – **Onlinekaufverträge** mit in anderen Mitgliedstaaten ansässigen Verbrauchern – **Missbräuchliche Klauseln** – Allgemeine Geschäftsbedingungen, die eine Klausel enthalten, durch die das Recht des Mitgliedstaats gewählt wird, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat – Bestimmung des bei der Beurteilung der **Missbräuchlichkeit allgemeiner Geschäftsbedingungen** im Rahmen einer Unterlassungsklage anzuwendenden Rechts – Bestimmung des Rechts, dem die **Verarbeitung personenbezogener Daten** der Verbraucher unterliegt

[28.07.2016, Rs C-240/15, Autorità per le Garanzie nelle Comunicazioni](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektronische Kommunikationsnetze** und -dienste – Richtlinie 2002/21/EG – Art 3 – Unparteilichkeit und **Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden** – Richtlinie 2002/20/EG – Art 12 – Verwaltungsabgaben – Anwendung von Bestimmungen über das **öffentliche Finanzwesen** und Bestimmungen zur Begrenzung und Rationalisierung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltungen auf eine nationale Regulierungsbehörde

[28.07.2016, Rs C-332/15, Astone](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames **Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 167, 168, 178 bis 182, 193, 206, 242, 244, 250, 252 und 273 – Recht auf **Vorsteuerabzug** – Materielle Anforderungen – **Formelle Anforderungen** – Ausschlussfrist – Nationale Vorschriften, nach denen eine Missachtung der meisten der formellen Anforderungen zum Ausschluss des Abzugsrecht führt – **Steuerhinterziehung**

[28.07.2016, Rs C-379/15, Association France Nature Environnement](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/42/EG – Prüfung der **Umweltauswirkungen** bestimmter Pläne und Programme – **Mit dem Unionsrecht unvereinbare nationale Regelung** – Rechtsfolgen – Befugnis des nationalen Richters, bestimmte Wirkungen dieser **Regelung vorläufig aufrechtzuerhalten** – Art 267 Abs 3 AEUV – Verpflichtung, den Gerichtshof um Vorabentscheidung zu ersuchen

[28.07.2016, Rs C-423/15, Kratzer](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – **Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf** – Art 3 Abs 1 Buchst a – Richtlinie 2006/54/EG – **Chancengleichheit** und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen – Art 14 Abs 1 Buchst a – Geltungsbereich – **Begriff ‚Zugang zur Beschäftigung oder zu abhängiger oder selbständiger Erwerbstätigkeit‘** – Bewerbung um eine Stelle zur Erlangung des **formalen Status als Bewerber** mit dem alleinigen Ziel, einen Entschädigungsanspruch wegen Diskriminierung geltend zu machen – Rechtsmissbrauch

[28.07.2016, Rs C-457/15, Vattenfall Europe Generation](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – System für den Handel mit **Treibhausgasemissionszertifikaten** in der Europäischen Union – Richtlinie 2003/87/EG – Zeitlicher Geltungsbereich – Zeitpunkt des Beginns der **Emissionshandelspflicht** – Art 3 – Anhang I – **Begriff ‚Anlage‘** – Tätigkeit der Verbrennung von Brennstoffen in Anlagen mit einer **Gesamtfeuerungswärmeleistung** von über 20 MW

B. SCHLUSSANTRÄGE

[28.07.2016, verb Rs C-20/15 P und C-21/15 P, Kommission / World Duty Free Group \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – Art 107 Abs 1 AEUV – Spanische Bestimmungen zur **Körperschaftsteuer**, nach denen in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den Geschäfts- oder Firmenwert, der sich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem im Ausland steuerpflichtigen Unternehmen ergibt, abschreiben können – Entscheidung 2011/5/EG und Beschluss 2011/282/EU der Kommission – Rechtsakte, mit denen diese Regelung als **staatliche Beihilfe** eingestuft, für **mit dem Binnenmarkt unvereinbar** erklärt und ihre Rückforderung angeordnet wird – Begriff staatliche Beihilfe – **Selektiver Charakter** – Bestimmung einer Gruppe von Unternehmen, die als einzige von dieser Maßnahme, die **von der allgemeinen Regelung abweicht**, begünstigt werden

[28.07.2016, Rs C-173/15, GE Healthcare \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Zollkodex der Gemeinschaften – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Zollwert – Einbeziehung von **Lizenzgebühren für Warenzeichen** in den Zollwert – Zahlung von Lizenzgebühren für Warenzeichen zugunsten einer mit dem Verkäufer und dem Käufer der Waren verbundenen Gesellschaft – Lizenzgebühren gemäß dem **Verkauf von Waren** sowie gemäß der **Erbringung von Dienstleistungen** und der **Nutzung eines geschützten Namens** – Angemessene Aufteilung aufgrund objektiver und bestimmbarer Tatsachen

[28.07.2016, Rs C-173/15, Nemeč \(GA Bobek\)](#)

Unionsrecht – Zeitlicher Anwendungsbereich – Richtlinie 2000/35 – **Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr** – Begriff ‚Geschäftsverkehr‘ – Begriff ‚Unternehmen‘ – Nationale Regelung einer **Obergrenze für Verzugszinsen**

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.